

kirchlichen Ordnung veranstalteten „ökumenischen Eucharistiefeier“: Interkommunion kann es nicht geben, „wo nicht der Wille zur wahren Communio vorhanden ist, wo nicht echte Gemeinschaft mit dem Herrn der Kirche geübt, sondern gegen die Kirche und ihre Ordnung Opposition getrieben wird“. Das gemeinsame Abendmahl könne nur das letzte Ziel der Ökumene sein. Insgesamt bleibt es bei dem sehr auslegbaren Schluß: Das Ökumenische Pfingsttreffen habe deutlich gemacht, daß ökumenische Betätigung „in Treue zur Wahrheit, die wir von den Aposteln und den Vätern empfangen haben, und in Übereinstimmung mit dem Glauben, den die katholische Kirche immer bekannt hat“ (Ökumenismusdekret, Nr. 24), erfolgen muß. Bei so viel Zurückhaltung bedurfte es nicht mehr der ausdrücklichen Feststellung, daß eine Fortsetzung einstweilen *nicht* gewünscht wird. Nun wäre es sicher falsch, aus dieser Einschätzung des Ökumenischen Pfingsttreffens insgesamt auf eine bloß restriktive ökumenische Haltung der Bischöfe zu schließen. Die Ermunterung zur Ökumene am Ort ist im Augenblick wohl auch das ökumenisch Richtigere als spektakuläre gemeinsame Veranstaltungen auf Bundesebene. Aber selbst diese Ermunterung wirkt inmitten der vielen Warnungen recht schwach.

Absage an die KDSE

In einer anderen Perspektive ist die Erklärung zur gegenwärtigen Entwicklung in der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) zu sehen. Sie ist schärfer, präziser und unzweideutiger als die Stellungnahme zum Ökumenischen Pfingsttreffen. Aber sie wurde, nachdem sich eine von der zuständigen Kommission XII eingesetzte neunköpfige Prüfungskommission mit knapper Mehrheit (5 : 4) eindeutig gegen Programm und Führungsstil der gegenwärtigen KDSE ausgesprochen hatte, erwartet. Nach allem, was vorausgegangen war (die Verabschiedung des Schwerpunktprogramms, das Bekanntwerden eines Protokolls einer sog. Vorstandsretraite, das die KDSE-Führung schwer belastete (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 414), konnte, ob man sie billigte oder nicht, sich niemand mehr über die Feststellung der Bischöfe verwundern, „daß bestimmte Gremien

und vor allem die Geschäftsstelle der KDSE Grundsätze vertreten, in denen sich ein Selbstverständnis und eine Zielsetzung der KDSE zeigen, die im Widerspruch zu ihrem kirchlichen Auftrag stehen“. Die Bischöfe gehen noch weiter: Sie stellen fest, die Kirche werde in den Grundsätzen der KDSE nicht vom Evangelium Jesu Christi und vom verbindlichen kirchlichen Glauben her verstanden; an die Stelle der Freiheit, die Christus brachte, habe man einen marxistisch geprägten sozio-ökonomischen Begriff von Befreiung gesetzt.

Die Substanz dieser Aussage wird sich schwer widerlegen lassen. Wenn die Erklärung dennoch nicht nur bei den Studentenpfarrern auf ihrer Freisinger Tagung von Ende September auf Ablehnung, sondern auch bei manchen kirchlichen Behörden auf Unbehagen stieß, so weil die Bischöfe damit undifferenziert die kirchliche studentische Arbeit traf, obwohl die Situation in den Gemeinden recht unterschiedlich ist. Auch hatten viele Bischöfe vor dieser Erklärung kaum Kontakt mit den betroffenen Studentenpfarrern. Doch einstweilen hat die Bischofskonferenz nur erklärt, nicht entschieden. Sie hat lediglich eine Kommission unter der Leitung von Bischof *Fr. Wetter* (Speyer) eingesetzt und beauftragt, „Richtlinien für die kirchliche Arbeit im studentischen Bereich zu erstellen“.

Kirchliche Hilfsaktionen für Ostpakistan

Das ostpakistanische Drama scheint nicht enden zu wollen. Vor fast genau einem Jahr, am 13. November 1970, wurde der östliche Teil des Landes von einem Wirbelsturm heimgesucht, der Überflutungen bisher nicht gekanntes Ausmaßes hervorrief. Schätzungsweise 500 000 Menschen fanden damals den Tod. Mit den allgemeinen Wahlen vom 7. Dezember 1970 bahnte sich eine politische Katastrophe größten Ausmaßes an. Damals konnte die Awami-Liga von Scheik *Mujibur Rahman* 167 der 169 in Ostpakistan zu vergebenden Sitze erringen. Damit hatte er gleichzeitig mehr als die Hälfte aller 313 pakistanischen Parlamentssitze gewonnen. Die politischen Konsequenzen aus diesem eindeutigen Votum wurden jedoch von der Zentralregierung in Islamabad (Westpakistan) nicht gezogen. Statt

Über die Finanzfragen wird der Verband der Diözesen auf seiner Sitzung am 15. November entscheiden. Zurück bleibt neben einer großen Unsicherheit über die künftige kirchliche Arbeit in der Studentenschaft und an den Hochschulen das unbehagliche Empfinden, mit dem Zaunpfahl der Finanzsperren schon gedroht zu haben, noch bevor man sich trotz bereitliegender Vorlagen selbst ernsthafte Gedanken über ein praktisches und glaubenskonformes Pastoralprogramm machte. Über der Auseinandersetzung um den gegenwärtigen Kurs der KDSE ist das Wort der Bischöfe über den *Schutz des menschlichen Lebens* (vgl. den Wortlaut auf S. 544) fast unbeachtet geblieben. Doch markiert auch dieses eine wichtige Etappe. Man kann dieses Wort nicht einfach als Beitrag bzw. als Intervention in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Reform des § 218 verstehen, denn die Bischöfe wenden sich gegen jede Form der Mißachtung menschlichen Lebens. Obwohl die Bischöfe auch in der Frage der strafrechtlichen Beurteilung keine Abstriche machen, wird doch eines deutlich: Man beginnt nun auch von katholischer Seite den ganzen Ernst des Problems nicht nur unter staatlichen und somit vornehmlich strafrechtlichen Aspekten, sondern als gesellschaftliches Problem zu begreifen.

dessen bemühte sich Staatspräsident *Yahya Khan* mit allen Mitteln — trotz laufender Verhandlungen mit der Awami-Liga — um ein Verbot dieser Partei, um so nachträglich das Wahlergebnis zu seinen Gunsten zu verändern.

Am 25. März 1971 begannen schließlich die geplanten und massiven Übergriffe der teilweise aus Westpakistan eingeflogenen Streitkräfte. Zwar stellten die Ostpakistani mit ca. 76 Millionen Einwohnern mehr als die Hälfte der Bevölkerung Pakistans, doch in Regierungsmatern waren sie nur mit ca. 15% und in der 275 000-Mann-Armee sogar nur mit 5% vertreten. Hinzu kamen seit 1947 wirtschaftliche Benachteiligung und Ausbeutung des Ostteils durch den Westen, so daß vielfach von einem fast kolonialen Status gesprochen werden mußte.

Fast neun Millionen Flüchtlinge

Der Übermacht des Militärs, das rücksichtslos und grausam ohne Unterschied vorging, fielen mehr als 200 000 Ostpakistani zum Opfer (einige Schätzungen sprechen sogar von 500 000 bis einer Million — die genauen Daten wird man wohl kaum erfahren). Millionen zogen die Flucht dem Militärterror vor. Als einziger Ausweg bot sich das ohnehin wirtschaftlich bedrängte Indien an. Am 20. September veröffentlichte die indische Regierung folgende offizielle Zahlen über die Flüchtlinge aus Ostpakistan, während Islamabad weiterhin bei der Behauptung bleibt, lediglich 2 Millionen Menschen hätten das Land verlassen. Die Gesamtzahl seit März 1971: 8 681 000. Vom 7. bis 30. April kamen täglich durchschnittlich 57 000 Menschen. Im Monat Mai waren es nach diesen Angaben sogar 102 000, im Juni 68 000, im Juli 26 000, im August 34 000 und bis zum 10. September 30 000 täglich. Bei den Flüchtlingen handelt es sich um 4,57 Millionen Männer und 4,1 Millionen Frauen. 6 Millionen Flüchtlinge fanden in staatlichen Lagern eine provisorische Unterkunft, 360 000 in zentralen Übergangslagern, 2,3 Millionen befinden sich außerhalb der Lager. Insgesamt waren am 20. September 935 staatliche Auffangzentren und Lager und 15 Übergangslager in Betrieb. Allein in den Lagern befanden sich zu dem Zeitpunkt 1,59 Millionen Kinder unter acht Jahren und 509 000 stillende Mütter (Fides-Dienst, 2. 10. 71). Es war von Anfang an klar, daß Indien allein mit diesem Problem nicht fertig werden konnte. Die geschätzten unbedingt benötigten Summen, um lediglich die dringendsten Maßnahmen ergreifen zu können, überstiegen alles bisher Gekannte. Und doch dauerte es lange, bis im weltweiten Bewußtsein das Ausmaß der Katastrophe erkannt wurde. Zwar setzten die ersten Hilfssendungen bereits im April ein, doch sorgten erst die Nachrichten über den Ausbruch der Cholera für größere Aktivität. Aus politischer Rücksichtnahme blieb allerdings bis heute vielfach die ausreichende Hilfe aus. Manche Regierungen drücken sich mit Hinweis auf eigene finanzielle Sorgen um die Solidarität. Bis Ende Juli waren von den von den UN veranschlagten Mindestsummen erst drei Achtel eingegangen. Hilfsorganisationen der

verschiedensten Herkunft stürzten sich teilweise voller Idealismus, jedoch ohne entsprechende Tauglichkeit oder Vorbereitung in die Aufgabe, an Ort und Stelle zu helfen. Eine Reihe unerfreulicher Ereignisse und vertaner Energie war die Folge (vgl. u. a. „Süddeutsche Zeitung“, 29. 7. 71 und 2. 10. 71). „Terre des hommes“ (eine im Biafra-Konflikt aktive Organisation Schweizer Ursprungs, die sich hauptsächlich für notleidende Kinder einsetzt) und „medico international“ (eine Organisation, die zunächst Ärztemuster für die Dritte Welt sammelte und neuerdings die Hilfe auf den gesamten medizinischen Sektor ausgebaut hat) mußten sich besonders von offiziellen indischen Stellen herbe Kritik gefallen lassen. Durch Angriffe auf die Caritas und das Diakonische Werk, die mittlerweile alle als unzutreffend erklärt werden konnten, wurden die notwendigen Hilfsmaßnahmen z. B. von deutscher Seite eine Zeitlang gefährdet und gerieten in Mißkredit. Zum Glück ist diese Phase inzwischen vorüber. Es bleibt aber der Eindruck, daß manches zu spät und zu wenig koordiniert einsetzte. Auch der Katastrophenrat der Bundesregierung zeigte erneut seine alten Schwächen.

Provokation der Caritas Internationalis

Von seiten der Kirchen wurde schon sehr früh auf Weltebene die Hilfe für die Flüchtlinge in großem Umfang eingeleitet. Katholischerseits mag manche Aktivität durch den Besuch des Jesuitenpaters *P. Fallon*, der als persönlicher Beauftragter des Erzbischofs von Kalkutta, *L. T. Picachy*, zum Papst und den westlichen Bischofskonferenzen und Regierungen reiste, besonderen Aufschwung erhalten haben, doch lagen die Appelle zur Hilfe schon länger zurück. Papst *Paul VI.* rief mehrmals, besonders eindringlich aber am 2. Juni zu solidarischer Hilfe auf (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 349), die Caritasorganisationen und der Weltrat der Kirchen hatten zu diesem Zeitpunkt bereits über ihre Partnerorganisationen in Indien und teilweise in Pakistan Mittel verteilt. Bis heute besteht dennoch der Vorwurf, in diesem Katastrophenfalle habe insbesondere die katholische Kirche nicht so intensiv und schnell geholfen wie in Biafra.

Man hatte auch gleich die Begründung zur Hand: in Biafra seien die Katholiken unter der einheimischen Bevölkerung viel stärker präsent gewesen. Manche erklären die großen Bemühungen der letzten Wochen und Monate, die Katholiken in aller Welt zu einem größeren finanziellen Opfer zu bewegen, nun nachträglich mit dem Versuch, einiges wieder wettmachen zu wollen. In gewissem Umfang mag dieser Vorwurf zutreffen, mittlerweile jedoch müssen sich alle anderen Stellen den Vorwurf gefallen lassen, selbst kaum noch an die Not in Indien und Pakistan zu denken. Vielfach sieht es so aus, als überlasse man nun alles den kirchlichen Hilfsorganisationen. In diese Richtung zielte wohl auch eine Attacke der Caritas Internationalis von Ende September. Unter der Überschrift: „Ostpakistan — Appell der Caritas Internationalis zu einem verstärkten Druck auf die öffentliche Meinung anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen“ wurde in dieser Organisation ein mit Emotionen beladener Angriff auf die angeblich völlig untätigen UN gestartet. Zwar hatte es auch schon früher solche Hinweise und Anfragen (u. a. von Senator *E. Kennedy*) gegeben, doch blieb man dabei auf dem Boden der Realitäten. Der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen bei den UN ließ selbst am 19. August erklären, es müßten sofort weitere Geldmittel in die Kassen der Organisation fließen, anderenfalls komme die Hilfe zum Stillstand. Nach dem Appell von *U Thant* vom 19. Mai 1971 waren bei den UN zwar rund 100 Millionen Dollar eingegangen, doch wurden allein bis Ende September mehr als 150 Millionen Dollar benötigt. Im übrigen setzte sich die Hilfe aus bisher 46 Ländern so zusammen: 90% der Hilfe stammte von nur sieben Ländern, die Vereinigten Staaten allein hatten davon mehr als 70 Millionen aufgebracht (vgl. NC News Service, 20. 8. 71). Das Papier der Caritas Internationalis nennt folgende Zahlen: UNICEF hatte 28 Millionen Dollar erwartet, um hungernde Kinder in Ostpakistan ernähren zu können, doch seien bisher lediglich 4 Millionen Dollar in Aussicht gestellt. Der Hohe Kommissar für die Flüchtlinge habe für Ostpakistan lediglich 1,5 Millionen Dollar erhalten, während die UN-Hilfe für die Flüchtlinge in Indien fast 175 Millionen

Dollar betrage. „Ein Vergleich dieser beiden Zahlen bedarf keines Kommentars“, heißt es weiter. Hier jedoch muß gerade jeder Kommentar ansetzen. Der Vorwurf der sehr unterschiedlichen Verteilung der Hilfe auf die Flüchtlinge in Indien und die in Ostpakistan verbliebene Bevölkerung trifft nämlich in gleichem Maße auf die kirchlichen Hilfsorganisationen zu. Dies hat aber nicht das geringste mit mehr oder weniger Sympathie für eines der Länder zu tun. Die Hilfe ist vielmehr abhängig von der Einstellung der pakistanischen Regierung, die fast alle Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Bürgerkriegsunruhen vom März und April stehen, untersagt. Erst durch Intervention der USA und Großbritanniens konnten Hilfsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Der Appell der Caritas Internationalis wäre gerechtfertigt gewesen, hätte er sich darauf beschränkt, den Skandal aufzuzeigen, daß sich die 26. UN-Vollversammlung nicht mit dem Problem Pakistan beschäftigen wird. Falsche Zahlenangaben und unsachliche Polemik jedoch haben leider von diesem Anliegen abgelenkt. Den Stellen der UN fiel es deshalb auch nicht schwer, die Attacke mit dem Hinweis auf richtiges Zahlenmaterial abzuwehren. Leider trug die KNA (Informationsdienst, 30. 9. 71) noch zu einer weiteren Verwirrung bei, indem sie die ganze Angelegenheit als Versuch darstellte, „die eigene Unfähigkeit in polemischen Beschuldigungen anderer Organisationen . . . abzureagieren und unter pompösem Wortschwall zu vertuschen“. Die als Beleg für die „Unfähigkeit“ der Caritas Internationalis genannten Zahlen sind insofern unrichtig, als sie lediglich die Eigenmittel der römischen Zentrale, nicht aber die Gesamthilfe der Caritas berücksichtigen. Allerdings sind sich auch andere Beobachter darüber im klaren, daß die Attacke einseitig und unklug war. Der Aufruf des Papstes vom 3. Oktober 1971 („Osservatore Romano“, 4. 10. 71) während des Angelus zu einem weltweiten Tag des Gebets, des Verzichts und der Spenden für Ostpakistan und die kurz darauf bekanntgewordene Spende des Heiligen Stuhls an den Hohen Kommissar für die Flüchtlinge (für Ostpakistan) und für die UN-Flüchtlingshilfe in Indien (je 5 000 Dollar) können vielleicht ein Indiz dafür sein. Im übrigen

traf der Angriff der Caritas genau mit dem lobenden Wort U Thants über den Papst in seinem Rechenschaftsbericht zusammen. U Thant dankte dem Papst außerdem in einem persönlichen Schreiben für seinen Aufruf für die Flüchtlinge. Auch andere UN-Stellen werden nicht müde, das gute Einvernehmen mit dem Vatikan herauszustellen.

Die kirchlichen Hilfsmaßnahmen

Es ist schwer, genaue Angaben über alle bisherigen Maßnahmen zu erhalten. Der Weltrat der Kirchen beschloß Ende Juni ein erstes Programm in Höhe von 4 Millionen Dollar. Nach einer Aufstellung der Caritas wurden von katholischer Seite bis zum 23. September 5,6 Millionen Dollar in bar und 9,22 Millionen Dollar in Sachspenden verteilt. Die deutsche Caritas ist mit 2,6 und 1,04 Millionen Dollar daran beteiligt. Ohne Beschlußfassung, jedoch mit dem Wunsch zu stärkerer Koordinierung und zu einem weiteren Ausbau der Hilfsmaßnahmen endete die erste vom Papst einberufene Sitzung von Vertretern aus neun internationalen katholischen Hilfsorganisationen am 25. September in Rom. Damit wurde „Cor unum“ erstmals inoffiziell aktiv. Die Abwicklung aller Hilfe am Ort erfolgt über die Partnerorganisationen, d. h. die CASA (Christian Agency for Social Relief and Development) für den Weltrat und die Caritas India für die Caritas. Entsprechende Partner gibt es in Pakistan, doch wird diesen bisher fast ausschließlich die Hilfe für die Überschwemmungopfer übertragen. Der Appell der Caritas Internationalis ist insofern verdienstvoll, weil er ungeschminkt auf die dort zu erwartende noch größere Bedrohung hinweist. Denn die noch wachsende Hungersnot wird zu weiteren Flüchtlingsströmen nach Indien führen. Die von allen erhoffte Rückkehr des Großteils der Flüchtlinge nach Pakistan wird damit immer unwahrscheinlicher. Das Elend wird in Indien und Pakistan weiter ansteigen. Um so schnell wie möglich die weitere Hilfe gezielt ansetzen zu können, hat die Caritas India für ihren Bereich ein Mindesthilfsprogramm (s. u.) für die nächsten sechs Monate aufgestellt. Die Finanzierung ist jedoch noch nicht gesichert. Der Papst hatte den 10. Oktober festgelegt, um überall

in der Welt für Pakistan zu sammeln. Sicherlich läßt sich das Minimalprogramm zum Teil davon finanzieren. Doch reicht dies bei weitem nicht aus und ist auf sechs Monate beschränkt.

Der Pakistan-Tag in der Bundesrepublik wurde auf den 7. November gelegt. Die Planungen sollen schon vor dem Aufruf des Papstes angelaufen sein. Außerdem wollte man eine ökumenische Aktion starten und konnte sich nur auf diesen Termin einigen. Angesichts der Behauptungen, in den Medien werde zuwenig auf die erschreckende Lage in Indien und Pakistan hingewiesen, muß es allerdings befremden, daß „dringend gebeten“ wurde, jeglichen Hinweis auf die Aktion am 7. November vor dem 25. Oktober zu unterlassen, weil am 24. Oktober erst einmal die Sammlung für die Weltmission abgehalten werden mußte. Im übrigen hatten schon Arbeitskreise beim Ökumenischen Pfingsttreffen einen gemeinsamen Pakistan-Sonntag gefordert. Bisher kam es aber lediglich zu einem Spendenappell von Kardinal *Döpfner* und Landesbischof *Dietzfelbinger* am 12. Juli 1971.

Am 7. November geht es u. a. darum, ob genügend Mittel für ein in drei Hilfsbereiche aufgeteiltes Notprogramm erbracht werden können. Unter dem Namen „Lifeline A“ sollen allein 200 000 Menschen in 100 Zentren sechs Monate lang mit den nötigsten Nahrungsmitteln versorgt werden. Außerdem müssen in einem großen Lagerbereich die sanitären Anlagen eingerichtet werden. Als dritte Maßnahme muß für Kleidung, Medikamente und Schulen gesorgt werden. 4,7 Millionen Dollar sind für das gesamte Programm erforderlich!

Die eigenen Bemühungen von katholischer Seite werden mittlerweile ergänzt durch Aktionen, auch andere Stellen zu mobilisieren. So riefen die katholischen Bischöfe Kanadas ihre Regierung zu effektiverer Hilfe auf, die „Justitia-et-Pax“-Kommission Englands forderte von der Regierung jährlich 60 Millionen Dollar, und in der Bundesrepublik mehrten sich die Stimmen derjenigen, die die Verwendung zumindest eines Teiles des Konjunkturzuschlages für schnelle Pakistan-Hilfe vorschlugen. Der Menschenrechtsarbeitskreis beim Katholischen Büro in Bonn schloß sich am 30. September diesem Vorschlag an.